

Neueste Mittheilungen.

Verantwortlicher Herausgeber: Dr. jur. D. Hammann.

Berlin, Freitag, den 6. October 1893.

Die Wahlauftrufe der Conservativen, der Nationalliberalen und des Centrums.

Die von den Conservativen, den Nationalliberalen und dem Centrum erlassenen Wahlauftrufe geben einen Einblick in die Ziele, welche diese Parteien bei den bevorstehenden Wahlen und in der fünfjährigen Gesetzgebungsperiode, für welche jetzt das Abgeordnetenhaus gewählt werden soll, verfolgen, indem sie zugleich auf die bisherige Thätigkeit des Landtags einen Rückblick werfen. In letzterer Beziehung kann es nur angenehm berühren, daß alle drei Parteien in dem Urtheil über die soeben zum Abschluß gebrachte Steuerreform übereinstimmen. Auch das Centrum, das doch wegen der seinen Wünschen nicht entsprechenden Aenderungen des Wahlgesetzes schließlich gegen die betreffenden Gesetze gestimmt hat, nimmt für sich in Anspruch, dem der Reform zu Grunde liegenden Principe einer gerechteren Vertheilung der Steuerlasten zugestimmt und nach Kräften zu dessen Verwirklichung beigetragen zu haben. Diese Uebereinstimmung in der Beurtheilung der Vorzüge der Steuerreform darf als eine willkommene Schutzwehr gegen die Versuche gelten, die in freisinnigen Blättern oft genug gemacht worden sind und an denen es sicher auch nicht bei den Wahlen fehlen wird, nämlich wegen angeblicher Ueberlastung dieser oder jener Klasse Mißstimmung zu erzeugen und die in Steuersachen zur Gewohnheit gewordene Klage der Ueberbürdung zu unterstützen.

Mit Recht heißt es in dem conservativen Wahlauftruf, daß es sich zunächst darum handeln werde, die in der verfloffenen Legislaturperiode geschaffenen großen Organisationsgesetze sich einleben zu lassen. In der That ist unser Verwaltungsapparat derartig angespannt, daß er nicht mit neuen organisatorischen Gesetzen zu belasten ist, bevor nicht die Steuergesetze und die Landgemeindeordnung vollkommen zur Gewohnheit geworden sind. Auch der nationalliberale Wahlauftruf erkennt dies an, indem er es als eine der wichtigsten Aufgaben des neuen Landtags bezeichnet, „die Ausführung der im Reiche wie in Preußen erlassenen Gesetze in einem wahrhaft volkfreundlichen Sinne zu überwachen“; nur wird dieses Überwachen in erster Linie Sache der Staatsregierung sein.

Gleichwohl fehlt es in allen drei Wahlauftrufen nicht an neuen Forderungen für die Zukunft. In einem Punkte aber stimmen sie auch in Bezug hierauf überein: „die Erhaltung und Förderung der Mittelklassen unserer ländlichen und städtischen Bevölkerung“ wird von den Conservativen, „gedeihliche Entwicklung des Erwerbslebens unter gleichmäßiger Wahrnehmung der Interessen von Landwirtschaft, Handwerk, Industrie und Handel“ von den Nationalliberalen, „die Förderung des Wohles der Handwerker und Arbeiter, die Befestigung des Grundbesitzes, die Besserung der landwirthschaftlichen Verhältnisse, die Erhaltung eines gesunden Mittelstandes“ von dem Centrum gefordert. Werden hier auch im Einzelnen die Meinungen über die Mittel und Wege dazu auseinandergehen, so bietet doch die gemeinsame Richtung ein Feld der Thätigkeit, auf welchem die Parteien sich zusammenfinden können.

Daneben aber werden andere Ziele in den Vordergrund gestellt, welche das Bestreben bekunden, neue Kämpfe auf dem Gebiete der Schule hervorzurufen. Der conservativ Wahlauftruf freilich will diese Kämpfe folgerichtig — da eben vorläufig keine Zeit für den Erlaß neuer organisatorischer Gesetze vorhanden ist — für eine spätere Zeit vorbehalten. Um so stärker betonen die anderen beiden Wahlauftrufe ihre auf diesem Gebiet weit auseinandergehenden, sich direkt bekämpfenden Bestrebungen. Diesen Rundgebungen können wir indeß keinen anderen Werth beimessen als den, die Wähler zu einer entschiedeneren Stellung gegen die gegnerische Partei zu beeinflussen. Die Prinzipien, welche sowohl die Nationalliberalen wie das Centrum auf dem Gebiete der Schule befolgen, sind hinlänglich bekannt; es fragt sich nur,

ob die Zeit dazu angethan ist, die bestehenden Gegensätze und Kämpfe zum Austrag zu bringen. Das Bedürfniß großer Eile hierfür muß in Abrede gestellt werden, und jedenfalls wäre es im Interesse der Sache besser, wenn sich die aufgeregten Leidenschaften erst wieder mehr beruhigten, als daß sie von Neuem angefacht werden. Nur als Waffe im Wahlkampf sollte aber die Schulfrage nicht benutzt werden.

Was sonst noch an kirchenpolitischen Wünschen von dem Centrum vorgetragen wird, wollen wir heute nicht näher erörtern; desgleichen nicht die von den Nationalliberalen erhobene Warnung vor „Rückschrittler“ und „reactionären Beschränkungen“: es sind dies Ausschmückungen der beiderseitigen Programme, von denen man sich eine gewisse Wirkung verspricht, die aber in den wirklichen Verhältnissen nicht begründet sind. Die Gefahren, die uns bedrohen, liegen auf einer ganz anderen Seite: es sind dies die demagogischen Bestrebungen in jedem Gewande, mögen sie von socialdemokratischer, freisinniger oder welcher Seite immer ausgehen, gegen die sich die Parteien vereinigen sollten, statt sich zu bekämpfen. Gegen diese Bestrebungen vorzugehen, sollte Sache aller derer sein, die — wie es in der „Schlef. Ztg.“ treffend heißt — festhalten an dem monarchischen Gedanken und denen eine starke Regierung lieber ist, als zügellose Volksherrschaft, denen der Thron der Hohenzollern als der festeste Hort erscheint. Hieraufhin mögen die Wähler die Programme, die Parteien und deren Vertreter prüfen, nicht aber sich hiervon durch andere Bestrebungen ablenken lassen.

Die „Wissenschaft“ der Socialdemokratie.

VI. „Entwicklung“ und „Naturnothwendigkeit“.

Die Beschränkung, die sich das Programm im Vergleich zu dem communistischen Manifest in den Uebergangsforderungen auferlegt, hat zunächst einen taktischen Grund. Marx, dem es darauf ankam, die auffälligen Elemente der alten und der neuen Welt in einem großen Communistenbunde zu sammeln, der konnte mit der Sprache frei herausgehen und brauchte nicht zu verhehlen, daß sein Ziel, „die Umwälzung der ganzen Productionsweise,“ nur „vermittelt despotischer Eingriffe in das Eigenthumsrecht und in die bürgerlichen Produktionsverhältnisse“ zu erreichen sei, was er 27 Jahre später die „Dictatur des Proletariats“ nannte. Daher in dem Manifest als Uebergangsmaßregeln, die in den fortgeschrittensten Ländern ziemlich allgemein durchzuführen wären, u. A. aufgestellt sind: Expropriation des Grundeigenthums, Abschaffung des Erbrechts und Confiscation des Eigenthums aller Emigranten und Rebellen! Es wäre taktisch der Gipfel der Ungeschicklichkeit, wenn eine doch innerhalb eines nationalen Staatswesens wirkende Partei, die sich eben anschießt, auf die Dörfer zu gehen, den Bauern solche Dinge vor den Kopf sagen wollte.

Außerdem aber bildet sich wenigstens ein Theil der Partei wirklich ein, in diesem Punkt „wissenschaftlich“ über Marx hinausgekommen zu sein und den letzten Rest von Utopisterei abgestreift zu haben, indem der Uebergang in die communistische Gesellschaft und ihr Aussehen ganz der „Entwicklung“ überlassen wird. Dem Fabelwesen „communistische Gesellschaft“, das Alles kann, alle Bedürfnisse befriedigt, Allen das höchste Maß von Wohlbehagen verbürgt, entspricht die geheimnißvolle Kraft der „Entwicklung“, die ohne Zuthun der Menschen wirkt, bis der Collectivmensch fertig ist. Dann hört sie natürlich auf.

Die Entwicklung im Leben der Völker vollzieht sich nicht mit der Sicherheit eines chemischen Processes in den Bestandtheilen der Erde, sondern hängt von der Einsicht, der Bildung, der sittlichen

Kraft der Völker, von den Einflüssen einzelner großer Naturen und schließlich von zufälligen Umständen ab. Die Socialdemokraten wollen der Vorsehung, die bei ihnen „Naturnothwendigkeit“ heißt, so weit in die Karten gesehen haben, daß sie ganz genau wissen, die communistische Gesellschaft muß und wird kommen; Einzelne haben ja schon à la Schäfer Thomas das Jahr und beinahe auch das Datum des „großen Kladderadatsches“ vorhergesagt. Sobald sie aber Wesen und Aussehen dieses Zustandes prüfen und erörtern sollen, ziehen sie sich auf das geheimnißvolle Dunkel der „Entwicklung“ zurück. Das Eine wissen sie, das Andere wollen sie nicht wissen. Das Eine soll das Ergebnis der „Wissenschaft“ sein, dem Andern soll die „Wissenschaft“ widersprechen. So haben es „Meher, Schulze und Sohn“ — um ein Wort von Bebel zu gebrauchen — beschlossen.

Einzelne Geister unter ihnen erkennen denn auch, daß es eine Schwäche ist, die „Wissenschaft“ auf den Glauben an das Eintreten einer großen Umwälzung beschränken und sich allen Betrachtungen darüber entziehen zu wollen, wie der neue Zustand am zweckmäßigsten herbeizuführen und einzurichten sei. Beweis dafür ist die Schrift: „Der socialdemokratische Staat, Grundzüge einer mutmaßlichen ersten Form socialdemokratischer Gesellschafts-Verfassung“ von Oswald Köhler. Im Vorwort sagt der Verfasser u. A.: Wenn irgendwo in der Welt, so sei die Planlosigkeit bei dem Gebäude der zukünftigen Gesellschaft auszuschließen. Man dürfe sich doch die Sache nicht so leicht machen, daß man sage, es werde sich Alles zur rechten Zeit von selbst ergeben. Die Wissenschaftlichkeit einer Partei vertrage sich sehr wohl damit, Programme für die Zukunft aufzustellen. „Was unsere späteren Nachkommen anstreben und festsetzen werden, das können wir allerdings nicht wissen; aber was wir selbst wollen, das müssen wir wissen, sonst sind wir „arme Gecken“ und können uns „heimgeigen“ lassen.“

Das Centralorgan „Vorwärts“ war darüber sehr böse. Köhler wehrte sich in zwei Zuschriften an die Redaction, in denen er u. A. treffend erklärte: die zukünftigen Gestaltungen würden im geeigneten Augenblick nicht vom Himmel heruntergefallen kommen, und ebenso wenig würden sie von der hoffnungsvollen „Entwicklung“ auf dem Präsentirteller überreicht werden. „Dürfen wir von Expropriation sprechen, so dürfen wir auch von der weiteren Behandlung der Expropriirten sprechen. Das Eine als hochwissenschaftlich und das Andere als Albernheit betrachten, wäre wohl die unübertrefflichste Albernheit.“

Für Köhler ist die gegenwärtige wirtschaftliche und politische Verfassung, die mit den Rechts- und Freiheitselementen der Zukunft durchsetzte, neueste Form des alten Systems und Hausenwerks, bedingt durch wissenschaftliche, technische, wirtschaftliche und kommerzielle Entwicklung und die sonstigen Factoren des Zeitalters, welche Form nicht notwendig „von selbst“ eine Verfassung der Ordnung und des Rechts gebären müsse. Die Gegner, die meinen, daß der Socialismus (richtiger Communismus) am Egoismus scheitern müsse, nennt er unwissend, durch den Egoismus der Massen werde sich einst der socialdemokratische Staat halten oder er werde sich nicht halten. Nächstenliebe und Moral kommen nicht in Betracht. So weit die Liebe zum Nächsten eine natürliche Erscheinung sei, werde sie sich auch im socialdemokratischen Staate „von selbst“ erhalten (Seite 194). Leider unterläßt es der Verfasser zu untersuchen, in wie weit die Liebe eine natürliche Erscheinung ist und wie verschieden sie sich nach Bildung und Charakter abstuft und äußert. Das communistische Ideal setzt den höchsten Grad verallgemeinerter Moral und Nächstenliebe ohne Weiteres voraus, und um den Egoismus des Einzelnen im Egoismus der Massen aufgehen zu lassen, müßte man doch zuvor die Massen zu lauter Aristokraten von höchster Bildung und Moral erziehen.

Wie das machen? Gewiß am letzten durch einseitigste Schärfung ihrer materialistischen Instinkte. Während die Socialdemokratie eben darauf alle ihre Forderungen an den heutigen Staat gründet und in ihrer durch die Erklärung der Religion zur Privatfache schlechtverhüllten Feindschaft gegen alle Religion das sicherste Fundament der inneren Bildung des Menschen leichten Herzens preisgibt, hat sie ihre Sache für die Zukunft, in ihrer neuen Wirtschaftsordnung, auf nichts gestellt. Denn ein Nichts ist die Erwartung, daß Nächstenliebe und gute Sitte „von selbst“ „vom Himmel geflogen kommen“, wenn nur erst die Arbeit zur

Erlangung des täglichen Unterhaltes auf das kleinste Maß beschränkt und die äußeren Umstände für den Lebensgenuß für Alle gleich gemacht sind.

Politische Tagesfragen.

Land- und Forstwirtschaftliche Unfallstatistik.

Nach der vom Reichs-Versicherungsamt aufgestellten Statistik der im Jahre 1891 in der Land- und Forstwirtschaft vorgekommenen Unfälle wurden von 4 776 520 berufsgenossenschaftlich organisirten Betrieben der Land- und Forstwirtschaft und 50 Ausführungsbehörden mit zusammen 12 508 001 versicherten Personen 44 964 Unfallanzeigen erstattet. Entschädigungen wurden gezahlt an 19 918 Verletzte, von denen 4 329 dem weiblichen Geschlecht angehörten. Von den 19 918 entschädigten Unfällen hatten 2 236 oder 11,23 pCt. den Tod, 685 oder 3,44 pCt. eine dauernde völlige, 9 108 oder 45,73 pCt. eine dauernde theilweise Erwerbsunfähigkeit zur Folge, während die übrigen Unfälle weniger schwere Folgen hinterließen, jedoch eine über die 13. Woche hinausreichende Erwerbsunfähigkeit zur Folge hatten. Auf 1 000 versicherte Personen entfielen 0,18 Getödtete und 1,41 sonstige Verletzte. Die Getödteten hinterließen 3 937 entschädigungsberechtigte Personen. (1364 Wittwen, 2520 Kinder und 53 Ascendenten.) Auf 100 Getödtete kamen durchschnittlich 61,00 Wittwen, 112,70 Kinder und 2,37 Ascendenten, auf 10 000 Versicherte 1,09 Wittwen, 2,05 Kinder und Ascendenten.

Die Verletzungen bestanden in 75 Fällen in Verbrennungen, Verbürhungen oder Aetzungen und dergl., in 19 545 Fällen in Wunden, Quetschungen oder Knochenbrüchen, die auf mechanischen Wege herbeigeführt wurden; in 41 Fällen ersticken, in 48 Fällen ertranken Personen, in 73 Fällen wurden Personen vom Blitz getroffen, 65 Personen erlitten Hirschschlag und 71 Personen kamen durch Frost u. A. zu Schaden.

Von den entschädigten Unfällen kommen: auf Verletzungen durch Maschinen: 2 783 Fälle oder 13,97 pCt., darunter 139 Todesfälle (4,99 pCt.); auf anderweitige Verletzungen: 17 135 Fälle oder 86,03 pCt., darunter 2 097 Todesfälle (12,24 pCt.)

Die schwersten Folgen hatten — abgesehen von einigen bei der Schifffahrt, beim Eisenbahnbetrieb u. vorgekommenen, für die landwirtschaftliche Thätigkeit weniger bemerkenswerthen Unfällen — die Unfälle beim Fuhrwerksbetriebe. 599 = 15,10 pCt derselben verliefen tödtlich. Von den Unfällen beim „Zusammenbruch, Einsturz u.“ verliefen 359 = 13,61 pCt. tödtlich, von denen beim Umgang mit Thieren 276 = 11,86 pCt., von denen beim „Fall aus der Höhe u.“ 468 = 11,22 pCt.

Aus der ganzen Aufstellung, insbesondere aus der Vergleichung mit der gewerblichen Unfallstatistik von 1887 ergibt sich, daß, wenn auch eine ganze Anzahl von Arbeiten ihrer Natur nach mit Gefahren verknüpft sind, die sich kaum beseitigen lassen, doch der Land- und forstwirtschaftlichen Unfallverhütung noch große Aufgaben vorbehalten sind, denn ein großer Theil der Unfälle hat seinen Grund neben einer mangelhaften Arbeitsbeaufsichtigung, insbesondere in den Unvollkommenheiten und Mängeln der ländlichen Betriebsstätten (Böden, Speicher, Scheunen u.), Wege und Arbeitsmittel. Es ist daher notwendig, neben entsprechender Belehrung der Unternehmer und Arbeiter auch die Betriebsstätten sicherer zu gestalten und wirksame Schutzvorkehrungen gegen Unfälle bei den ländlichen Arbeitsleistungen zu treffen, dann werden sowohl die der Landwirtschaft durch die Unfälle erwachsenden großen Kosten, als auch das durch die Unfälle verursachte Unglück und Elend herabgemindert werden.

Die Cholera

hat in Deutschland keine weitere Ausdehnung gewonnen: Berlin ist fort-dauernd frei von cholerafranken und -verdächtigen Personen, und auch in Hamburg hat die Seuche sich nicht weiter ausgebreitet. Im ganzen sind in Hamburg bisher 32 Personen an der Cholera erkrankt und 12 gestorben. — In Oesterreich-Ungarn und Russisch Polen geht die Epidemie allmählich zurück. In Ungarn haben am 1. und 2. October 19 Erkrankungen und 13 Todesfälle, in Galizien 22 Erkrankungen und 19 Todesfälle stattgefunden. Im Ganzen beläuft sich die Zahl der Erkrankungen und Todesfälle in Galizien bisher auf 783 und 477. Ungeschwächt wüthet die Cholera in Rußland, besonders in Petersburg und den Gouvernements Riem, Jekaterinoslaw, Samara, Saratow, Poltawa, und am schrecklichsten in Podolien, wo in der Zeit vom 10. bis 23. September 1306 Erkrankungen und 487 Todesfälle constatirt sind. In Frankreich ist die Cholera ziemlich heftig im Departement Finistère aufgetreten, auch in der Vendée, den Pyrénées orientales und den Basses Alpes sind Erkrankungen und Todesfälle vorgekommen. Ebenso ist die Seuche auch in den Niederlanden noch nicht erloschen. In Italien geht die Zahl der Erkrankungen zurück, die meisten ereignen sich noch in Livorno, Marina und Palermo. Auch aus Spanien kommen Nachrichten über die Cholera, so werden aus Madrid vom 3. October 37 Erkrankungen und 7 Todesfälle, aus Biskaya 43 Erkrankungen und 13 Todesfälle gemeldet. Auch in und um Constantinopel kommen noch täglich neue Erkrankungen vor.

Von der Berliner Stadtbahn.

Wie gewaltig der Verkehr, nicht nur der Personen, auf der Berliner Stadtbahn ist, davon legen folgende Zahlen Zeugniß ab, die wir dem „Archiv für Post und Telegraphie“ entnehmen. Nach Erbauung der Berliner Centralmarkthalle wurde die Stadtbahn der Versorgung der Stadt Berlin mit Lebensmitteln dienstbar gemacht. Für diesen Güterverkehr besteht schon seit 1887 eine besondere Gütere Expedition, und seitdem hat sich der Verkehr noch bedeutend gehoben. Abgesehen von den Personen- und Vorortzügen, die, soweit es möglich ist, zur Güterbeförderung herangezogen werden, verkehren heute täglich zwei besondere Markthallengüterzüge, zu denen bei Bedarf noch ein oder zwei Züge hinzutreten. Der größte Theil der Güterbeförderung wickelt sich bei Nacht ab, zu einer Zeit, wo der Personenverkehr ruht.

Befördert wurden in diesem Verkehr im Rechnungsjahr 1887/88 ankommend 11 305, abgehend 2 196, zusammen 13 501 Tonnen. Im Jahre 1891/92 wurden ankommend 44 471, abgehend 4 992, zusammen 49 463 Tonnen gezählt. Der Umfang des Verkehrs hat sich also fast vervierfacht. Die Einnahmen aus dem Markthallengüterverkehr, die im Jahre 1887/88 151 199 Mark betragen, beliefen sich für 1891/92 auf 792 236 Mark. Die Gesamteinnahmen der Stadtbahn aus dem Stadt-, Vorort- und Fernverkehr einschließlich des Gepäckverkehrs sind seit ihrem Bestehen von Jahr zu Jahr gewachsen. Im Jahre 1882/83 waren 1 996 533 Mark, im Jahre 1886/87 3 013 285 Mark Einnahme nachgewiesen worden. Das erste Jahr des zweiten fünfjährigen Zeitraumes, das Jahr 1887/88, brachte 3 118 599 Mark, das letzte Jahr, 1891/92, 4 644 331 Mark Einnahme.

In den ersten beiden Monaten nach der Eröffnung des Betriebes betrug die tägliche Einnahme durchschnittlich 5 244 Mark, im Jahre 1891/92 dagegen 12 689 Mark, oder 7 445 Mark mehr. Die Steigerung beläuft sich also auf 142 pCt. Gegen das erste volle Betriebsjahr 1882/83 ist die Gesamteinnahme des Jahres 1891/92 um 133 pCt. gestiegen. Die Einnahmen der Stadtbahn vermehren sich noch um die Mietserträge aus der Vermietung der Stadtbahnbogen und sonstigen Räume. Von den zur Vermietung verfügbaren 453 Räumen waren am 31. März 1882 115 oder rund 25 pCt. vermietet. Am 31. März 1892 waren von 477 verfügbaren Räumen 339 oder rund 71 pCt. miethweise abgetreten. Der Pachtzins betrug im Jahre 1882/83 im Ganzen 95 582,81 Mark, im Jahre 1891/92 103 787,40 Mark. Die Reichs-Postverwaltung mußte für die ihr überlassenen Stadtbahnräume im Jahre 1882/83 17 692 Mark, im Jahre 1891/92 20 336 Mark Miete entrichten. — An Personenfahrkarten sind im Rechnungsjahr 1891/92 von den Stationen der Stadt- und Ringbahn insgesammt 36 396 312 Stück ausgegeben worden. — Der Vorortverkehr wächst gegenüber dem eigentlichen Stadtverkehr in starkem Maße. Dieser zeigt für das Jahr 1891/92 gegenüber dem Jahre 1886/87 eine Zunahme um 110,6 pCt.; jener ist um 168,8 pCt. gewachsen. Im Verkehr der westlichen Vororte nach Berlin ergibt sich sogar eine Zunahme um 184,6, im Verkehr der östlichen Vororte nach Berlin eine solche um 259,2 pCt. Die Stadtbahn dient somit in zunehmendem Umfang der Bevölkerung, die ihren Berufsberuf in der Hauptstadt nachgehen muß, die Wohnung aber im Interesse der Gesundheit oder aus anderen Gründen außerhalb Berlins zu wählen vorzieht. Hierin darf sowohl vom wirtschaftlichen wie vom socialen Standpunkt aus ein großer Vortheil erblickt werden, den die Stadtbahn für die Reichs-Hauptstadt gebracht hat.

Die Kosten für den Bau der Berliner Stadtbahn haben sich, dem „Arch. f. Eisenbahnwesen“ zufolge, nach der im Laufe des Jahres 1892 zu Ende geführten Schlussabrechnung auf 68 128 699 Mark 22 Pfennige gestellt. Als Hauptausgabeposten ist in dieser Summe der Betrag von rund 33,3 Millionen Mark für Grunderwerb enthalten. Für Herstellung der Bahnviaducte mußten rund 18,6 Millionen, für den Bau der Bahnhöfe rund 7,9 Millionen aufgewendet werden. Rund 2,4 Millionen Mark erforderte die Beschaffung der Betriebsmittel. Es stehen jetzt für den Stadtbahnverkehr 87 Locomotiven im Betrieb, von denen 77 doppelt, 10 dreifach mit Personal besetzt sind. Die Zahl der vorhandenen Personenzüge beträgt 320, davon 59 II. Klasse und 261 III. Klasse. Die Anzahl der für Ausführung des Betriebes zc. erforderlichen Kräfte belief sich im Jahre 1892 auf 361 Beamte, 217 Hilfskräfte und 553 Arbeiter, zusammen auf 1131 Mann, war also noch geringer als im Jahre 1882, wo die Zahl 1164 erreicht wurde. Gegenwärtig verkehren: auf den Ferngeleisen täglich 182 Züge, auf den Stadtgeleisen wochentäglich 338 Züge und sonntäglich 376 Züge.

Der Ausschuß zur Untersuchung der Wasserhältnisse

in den der Ueberschwemmungsgefahr besonders ausgelegten Stromgebieten trat am 25. und 26. September im Ministerium der öffentlichen Arbeiten zu seiner dritten Sitzung zusammen. In diesen Sitzungen, an denen 26 Mitglieder theilnahmen, wurde in die Berathung folgender wichtiger Fragen eingetreten. Wegen der Zurückhaltung des Wassers und der Geschiebe in den oberen Theilen der Flußgebiete und über die Waldwirtschaft in den Quellgebieten wurde beschlossen, dem Bureau des Ausschusses Aufträge zu erteilen, für geeignete Stellen der zu untersuchen-

den Flußgebiete zunächst des Gebiets der Ober festzustellen, wo und unter welchen Bedingungen die Anlage von Sammelbecken, unter möglichst vortheilhafter Ausnutzung der aufgestauten Wassermengen, die Herstellung sonstiger kleinerer Schutzmittel gegen Hochwasser im Gebirge, die Verbauung der Wildbäche, die Verbesserung der Vorfluth in den Gebirgsflüssen, die Aufforstung der oberen Hänge von Gebirgsthalern und die Erhaltung vorhandener Schutzwaldungen möglich ist. Auch über gewerbliche und landwirtschaftliche Stauanlagen (Fischereianlagen) soll das Bureau in ähnlicher Weise Ermittlungen anstellen, welche vorhandenen Stauanlagen zur Zurückhaltung von Hochwassermengen dienen können, wo sich im Hügel- und Flachland solche Anlagen ausführen lassen würden, und welche Wehranlagen eine Verbesserung oder Beseitigung wasserwirtschaftlicher Mißstände wünschenswerth erscheinen lassen. Ferner soll über die Beförderung des Hochwasserabflusses durch Flußregulirungen dem Bureau die Beschaffung einer Reihe von Unterlagen aufgegeben werden, die sich auf den Verlauf der Hochfluthwellen im Hauptfluß und in seinen nichtschiffbaren Nebenflüssen vor und nach der Regulirung beziehen. Wegen der Maßregeln zur Bekämpfung der Hochwasser- und Eisgangsgefahren und des Hochwasser-Nachrichtendienstes stellte der Ausschuß fest, daß die gegenwärtig bestehenden Einrichtungen im Allgemeinen den vorhandenen Bedürfnissen entsprechen, daß jedoch zur besseren Ermöglichung einer zuverlässigen Vorhersage der Wasserstände die genaueste Kenntniß der Abflusssmengen erforderlich ist, wofür eine erhebliche Vermehrung der bisher angewandten Mittel nicht gescheut werden darf; die obere Leitung der betreffenden Arbeiten würde am Besten einer ins Leben zu rufenden hydrologischen Reichsanstalt zu übertragen sein.

An die Berathungen schloß sich in den Tagen vom 27. bis 29. September eine Vereisung der unteren Warthe und der Ober von Cüstrin bis Stettin, an der außer den Beamten eine Anzahl von Bewohnern der Flußniederungen theilnahm.

Politische Wochenschau.

Aus dem Inlande.

Am Sonntag traf

unser Kaiser

von seiner Fahrt nach Schweden in Rominten ein, wo alsbald im Beisein der Kaiserin die Capelle des Jagdhauses eingeweiht wurde. Ihre Majestät begab sich dann nach Potsdam zurück. Der Kaiser pflegt in der Frühe einen Pirschgang zu unternehmen und im Laufe des Tages Vorträge entgegenzunehmen und sonstige Regierungsangelegenheiten zu erledigen. Der Tag der Rückkehr nach Potsdam steht noch nicht fest.

Die deutsch-russische

Zollconferenz

hat bis jetzt zwei Sitzungen abgehalten. Zur Vorberathung von technischen Zollangelegenheiten ist eine Commission eingesetzt. Am Mittwoch waren die Delegirten zu einem Mahle bei dem Staatssecretär Freiherrn v. Marschall vereinigt. Obgleich die Wortführer der agrarischen Bewegung dem Zollbeirathe angehören und obgleich sich noch in keiner Weise absehen läßt, welches Ergebnis die Delegirtenverhandlungen liefern werden, ist doch der Vorstand des Bundes der Landwirthe in eine lebhaftige Agitation gegen den etwaigen Abschluß eines Meistbegünstigungsvertrags eingetreten. Ein gewisses Aufsehen erregte ein Artikel des Bundesorgans, der heftige Angriffe auf leitende Personen der Reichsregierung enthielt und mit Obstructionspolitik drohte. Solche Uebertreibungen können auch von solchen Politikern nicht gebilligt werden, welche die mannigfach schwierige Lage des Großgrundbesitzes nicht verkennen und eine gesunde Agrarpolitik befürworten.

Ueber die geplante Tabak- und Weinsteuer sind zuverlässige Mittheilungen erschienen. Die

Tabaksteuer

soll im Wesentlichen, wie folgt, gestaltet werden: Die gegenwärtig bestehende Steuer von inländischem Tabak — 45 Mark für 100 Kilogramm — soll in Fortfall kommen und gleichzeitig der Zoll für aus dem Auslande eingehenden Rohtabak um den entsprechenden Betrag gekürzt werden. Die im Inlande hergestellten Fabrikate werden, soweit sie zum inländischen Consum bestimmt sind, einer Steuer unterworfen, welche nach Procenten des durch die Factura nachzuweisenden Fabrikpreises bemessen ist. Die Steuerpflicht soll eintreten, sobald die Fabrikate in fertigem Zustande die Fabrik verlassen; für die ausländischen Fabrikate wird die Steuer gleichzeitig mit dem Zoll erhoben. Zur Entrichtung der Steuer für inländische Fabrikate ist der Fabrikant, für ausländische derjenige verpflichtet, welchem die Zahlung des Zolles obliegt. Für die Entrichtung der Steuer ist eine dem geschäftlichen Verkehr zwischen Fabrikanten und Händlern mit Fabrikaten entsprechend geräumige Kreditfrist vorgesehen. Der Tabak unterliegt von der Erzeugung oder von der Einfuhr an bis

zum Ausgange der daraus hergestellten Fabrikate aus der Fabrik der Kontrolle durch die Steuerbehörde.

In einem Lande, wo Bier und Branntwein besteuert sind, ist sicher auch eine

Weinsteuer

gerechtfertigt. Nach dem neuen Plan soll der Wein einer Verkehrssteuer unterworfen werden, welche bei Weinversendungen vom Empfänger zu entrichten ist. Die Steuer soll denjenigen Wein treffen, dessen Werth beim Eintritt der Steuerpflicht als über eine gewisse Werthgrenze hinausgehend festgestellt wird, während die Besteuerung der minderwerthigen Weine den Bundesstaaten überlassen bleibt. Die Feststellung der Werthgrenze ist dem Bundesrath vorbehalten. Die Steuer wird nach dem Werthe des Weins berechnet. An allgemeinen steuerlichen Controllmaßregeln ist, abgesehen von Vorschriften über die Genehmigung der Betriebs- und Lagerräume der Weinändler, der Schaumwein- und Kunstweinfabrikanten, in der Hauptsache eine Versendungscontrole vorzuschlagen der Art, daß sämtliche unversendeten und versendeten Weinversendungen durch steuerliche Begleitpapiere legitimirt werden sollen.

Von den fünf Parteien des Abgeordnetenhauses hat bisher nur die freisinnige noch keinen

Wahlaufruf

erscheinen lassen. Der Wahlaufruf der Freiconservativen ist am Donnerstag erschienen. Er bekennt sich ebenfalls wie die Aufrufe der anderen Parteien zu den Grundsätzen der neuen Reformgesetze. Von dem conservativen Aufrufe weicht er insofern ab, als er die Schuldotationsfrage nicht erst später und in untrennbarem Zusammenhange mit der Regelung der inneren Volksschulfragen, sondern alsbald für sich geordnet wissen will.

Aus dem Auslande.

Der

Kaiser von Oesterreich

hat eine südtirolische Deputation empfangen und in italienischer Sprache versichert, daß ihm das Wohl der italienischen Bevölkerung am Herzen liege, auch solle die Regierung die südtirolische Frage von neuem studiren. Ein bestimmtes Versprechen könne er aber nicht geben. — Der Ministerpräsident Weyerle hatte beim Kaiser in Sachen der ungarischen Kirchenpolitik eine Audienz wegen Einbringung des Civilstandsgesetzes. Ueber den Erfolg dieser Audienz gehen die Nachrichten sehr auseinander, einige Blätter wollen bestimmt wissen, daß der Kaiser seine Zustimmung zur Einbringung des Civilstandsgesetzes gegeben habe. Im ungarischen Abgeordnetenhause gab Weyerle am Sonnabend der Hoffnung Ausdruck, daß die Krone dem Entwurf ihre Einwilligung geben werde, sollte dies nicht der Fall sein, so erkläre er, die Regierung werde ihre Pflicht kennen.

In

Böhmen

machen die Tschechen unausgesetzt der Regierung zu schaffen. Um die tschechische Bewegung in gemäßigte Bahnen zu lenken, versuchte der Ministerpräsident Graf Taaffe mit dem Alttschechenführer Nieger in Unterhandlungen einzutreten, diese scheiterten aber daran, daß Nieger u. a. die Einführung der tschechischen Amtssprache im tschechischen Theile Böhmens forderte, was Graf Taaffe ablehnte. Die Jungtschechen, die seit längerer Zeit die tschechische Bewegung leiten, gehen in ihren Forderungen noch viel weiter. Vor einigen Tagen sollte ein jungtschechisches Manifest erscheinen, aber es fand sich in ganz Böhmen keine Druckeret, die es wagte, den Aufruf zu drucken, und so erschien er denn in Leipzig. Das Manifest protestirt gegen die Ausnahmemaßregeln gegen die Tschechen, die immer dann ergriffen würden, wenn diese sich gegen die Germanisirung auflehnten. Dadurch steige die Erbitterung des Tschechenvolkes zc. Dem Manifest wurde aber nicht lange Zeit gelassen, die schon genügend verhetzten Massen noch weiter aufzustacheln, die Staatsanwaltschaft confiscirte es wegen Vergehens gegen die öffentliche Ruhe und Ordnung durch Herabwürdigung von Verfügungen der Behörden.

In

Frankreich

beherrscht natürlich nach wie vor die Freude über die bevorstehende Ankunft des russischen Geschwaders in Toulon alle Gemüther, nur fällt leider mancher Wermuthstropfen in den Freudenbecher. So wird sich der Präsident Carnot nicht an der Empfangsfeier in Toulon betheiligen

und demgemäß auch der russische Botschafter Mohrenheim fern bleiben. Die Petersburger Presse wollte Vertreter nach Toulon senden, es wurde den Redacturen aber von der Preßbehörde jedes gemeinsame Vorgehen verboten, da Rußland genügend officiell vertreten sei. Dies alles wirkt natürlich niederdrückend, aber wenn nur erst die Festtage da sein werden, dann wird doch ganz Frankreich in Wonne schwimmen und der Chauvinismus die schönsten Blüten zeitigen. Das letztere befürchtet man in Frankreich, wo man sich manchmal erkennt, auch schon, und es wird daher jetzt das alberne Märchen verbreitet, Deutschland schicke so und so viel Agents provocateurs nach Frankreich. Natürlich geschieht dies nur zu dem Zweck, um, wenn die erwarteten patriotischen Ungezogenheiten etwa begangen werden, sagen zu können: „Das ist nur das Werk der preussischen Agenten.“ — Mit

Siam

ist jetzt in der That ein definitives Abkommen getroffen worden. Frankreich besetzt Chantaboon, bis das linke Ufer des Mekong, das Frankreich bei diesem Handel einheimst, geräumt ist. Auf die Entlassung der dänischen Officiere hat es aber großmüthig verzichtet. Doch ist es mit dieser Großmuth eine eigene Sache; es verlautet nämlich, daß sich Frankreich in diesem Punkte dem Willen des Zaren gebeugt hat, der auf Wunsch des Königs von Dänemark das Interesse der dänischen Officiere mit Nachdruck in Paris vertreten ließ.

In

Spanien

beginnt sich der Marschall Martinez Campos allmählich von den Folgen seiner bei dem Bombenattentat erhaltenen Verwundung, die recht ernst zu werden schien, zu erholen. Im übrigen sind die Anarchisten in Barcelona doch bereits wieder an der Arbeit, am Palast der schönen Künste wurde eine Dynamitbombe gefunden. — Ein ernster Konflikt ist mit Marokko ausgebrochen: Zahlreiche Mauren griffen am Montag die spanischen Forts bei Melilla in Afrika an, wobei sie zwar mit großen Verlusten zurückgeschlagen wurden, doch erlitten auch die Spanier erhebliche Verluste, wie verlautet, 100 Mann, darunter 32 Tode. Der spanische Gesandte überreichte sofort in Tanger dem marokkanischen Minister des Aeußeren eine Beschwerde, die dieser als begründet anerkannte. Weitere Instruktionen versprach er vom Sultan einzuziehen. Dies scheint Spanien aber zu lange zu dauern, vielmehr will es die Züchtigung der maurischen Risspiraten selbst in die Hand nehmen und hat zu dem Zweck die über 3 000 Mann starke Garnison von Malaga nach Melilla abgeandt. Sobald diese eingetroffen sein wird, soll gegen die Rahlben vorgegangen werden.

Die Wirren in

Südamerika

haben ihren Fortgang genommen. In Brasilien, wo die Aufständischen bisher nur mäßige Fortschritte gemacht hatten, scheint die Macht des Führers der Aufständischen, Mello, mit seiner Flotte im Wachsen zu sein. Santa Catarina hat sich den Insurgenten ergeben, und nach dem Bombardement von Rio hat auch das Fort San Gabriel kapitulirt. Während die deutschen Kriegsschiffe angewiesen waren, sich auf den Schutz der deutschen Interessen zu beschränken und sich jeder Einmischung in die brasilianischen Streitigkeiten zu enthalten, waren die Kommandanten der anderen fremden Kriegsschiffe einer Wiederholung des Bombardements von Rio durch die Flotte des Admirals Mello entgegengetreten. Dieser Einspruch hat sich jedoch nicht aufrecht erhalten lassen; nachdem in der Stadt der Bau von Schanzen gegen die Flotte in Angriff genommen war. Damit erscheint die Haltung der deutschen Regierung erst recht gerechtfertigt. Die Nachricht, daß Prinz August von Koburg, ein Enkel des ehemaligen Kaisers von Brasilien, Dom Pedro, von einem französischen Hafen nach Brasilien abgefahren sei, kann kein besonderes Interesse erregen, da sich das ehemalige Kaiserreich augenscheinlich in dem Zustande vollständiger Zerstückung befindet und weder an eine monarchische Restauration zu denken, noch überhaupt die Errichtung einer neuen starken und einheitlichen Centralregierung wahrscheinlich ist. Nach den letzten Nachrichten soll der Admiral Mello beabsichtigen, Santa Catarina zum Mittelpunkt seiner Unternehmungen zu machen. Die Provinzen San Catarina, Parena und Rio Grande do Sul befinden sich längst in Gährung. Die Zahl der deutschen Ansiedler, die dort wohnen, wird auf 200 000 geschätzt. — In Argentinien betrachtet man den Aufstand mit der Einnahme der Stadt Rosario als beendet, doch darf man bei der Unsicherheit der südamerikanischen Verhältnisse der Ruhe noch nicht trauen.